**Deutscher Bauernbund e.V.; Adelheidstr. 1; 06484 Quedlinburg**

Adelheidstr. 1

06484 Quedlinburg

Tel: 03946/70 89 06

Fax: 03946/70 89 07

E-mail: bauernbund@t-online.de

Internet: www.bauernbund.de

Bundesministerium für Ernährung

und Landwirtschaft

Bundesministerin

Frau

Julia Klöckner

Wilhelmstr. 54

10117 Berlin

Quedlinburg, 13. Juli 2018

**Offener Brief an die Bundesministerin für Ernährung und Landwirtschaft,**

**an die Ministerpräsidenten und Agrarminister der neuen Länder**

**Situationsbeschreibung-** **und** **Forderungskatalog**

**an** **die** **Landesregierungen** **wegen** **der** **katastrophalen** **Situation in der Ernte**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

das Erntejahr 2018 ist, wie zum Beispiel die Erntejahre 2003 und 1992, durch eine extreme Dürre gekennzeichnet.

Die fehlenden Niederschläge führen in allen landwirtschaftlichen Betrieben zu ernsten Existenzbedrohungen.

Es stellt sich aber 2018 die Frage, warum die regional zu verzeichnenden katastrophalen Ernteergebnisse die Betriebe in akute Existenznot bringen.

Eigentlich müssten Landwirtschaftsbetriebe, deren Betriebsleiter gelernt haben mit der Natur zu leben, in der Lage sein auch einmal “ein schlimmes Erntejahr" zu überstehen.

Seit 2012/13 ist zu verzeichnen, dass sich die Einkommenssituation in den Betrieben massiv verschlechtert hat und die Betriebe eben keinerlei Spielräume mehr besitzen, um solche Situationen zu meistern.

Sehr viele Betriebe leben schon jetzt von der Hand in den Mund und stehen mit dem Rücken an der Wand.

Die Fremdkapitalbelastung übersteigt schon jetzt in vielen Betrieben den Cash-Flow II.

Hauptursächlich für diese schlimme Situation sind agrarpolitische Fehlentscheidungen durch die verantwortlichen Parlamentarier und Regierungen und insbesondere das Ignorieren der substanziellen Vorträge des Berufsstandes.

*(Kontinuierliche Reduzierung der Erzeugerpreise und stetige massive Steigerung aller Kostenpositionen – vor allem auch durch politisch bedingtes Wegbrechen von Absatzmärkten bzw. Wegfall von Marktordnungsinstrumenten sind als Hauptursache zu nennen.*

*Die aufoktruierten Belastungen durch oftmals ideologisch motivierte sog. Agrarumweltmaßnahmen sind realistisch mit ca. 150 €/ha und bewirtschafteter Fläche zu veranschlagen.)*

Eine zinsgestützte Zurverfügungstellung von Krediten, zum Beispiel durch die landwirtschaftliche Rentenbank, löst das Problem nicht, sondern wird es in vielen Betrieben nur verschlimmern.

Die praktische Kreditvergabe erfolgt auf der Grundlage der Bonität der Betriebe und damit liegt der

letztendlich praktisch ausgereichte Kredit bei ca. 6-8 %.

Viele Betriebe sind aber schon jetzt nicht mehr in der Lage ihren Fremdkapitaldienst zu erbringen, weil die Einkommenssituation deutlich unter dem erforderlichen Niveau liegt.

Der Landhandel berichtet, dass eine signifikant hohe Zahl der Betriebe bereits die zweite Ernte verpfändet hat und aus den Landwirtschaftsämtern ist zu vernehmen, dass die am 31.12.2018 fällig werdenden so genannten Agrarbeihilfen, **richtigerweise** **Preisausgleichsleistungen** **für** **zu** **niedrigere** **Lebensmittel** **und** **un****effiziente** **Verarbeitungsstrukturen**, von vielen Betrieben schon verschuldet sind und gar nicht mehr ausgereicht werden.

Eine verbandsinterne Abfrage unseres Testbetriebsnetzes ergab, dass in den nördlichen Bereichen z.B. bei Wintergerste nur 50 %, bei Winterraps nur 40 %, bei Winterweizen bisher nur 35 %, bei Heu/Silagen nur 30 % und bei Winterroggen nur 40 % des 5-jährigen Mittels geerntet werden

konnten. Verstärkt wird die Problematik vielerorts durch die völlig unzureichenden Qualitäten des Erntegutes (Eiweiße, Energie, Kleinkorn).

Viele Betriebe haben ihr Getreide bereits als Ganzpflanzensilage (GPS) geerntet, um wenigstens noch etwas Ertrag zu ziehen.

Damit ergibt sich zur Liquiditätssicherung:

1. Ausrufen des Notstandes durch die einzelnen Landesregierungen, damit

a.) Beihilfen in die Haushalte einfließen können

b.) der öffentlich verlautbarte Zustand der höheren Gewalt die Betriebe in erfolgversprechende Verhandlungspositionen mit den Landhandelsunternehmen setzt

(*Viele Betriebe sind, auch wegen der Entgegennahme von Vorschüssen, vertragliche Beziehungen bzgl. Menge und Qualität mit den Landhändlern eingegangen.*

*Diese Kontrakte werden oft nicht zu erfüllen sein und der Landhandel wird versuchen, den finanziellen Verlust über die Landwirtschaftsbetriebe auszugleichen).*

1. Die Landesregierungen müssen Verfahren veröffentlichen, wonach die Betroffenheit festgestellt wird.

Danach sollte das arithmetische Mittel nach Fruchtarten des Erntedurchschnittes der letzten

5 Jahre aus den Jahresabschlüssen ermittelt werden.

Die Behilfefähigkeit sollte bei unterschreiten von 25 % des Durchschnittswertes einsetzen.

1. Initiative der Landesregierungen, dass die Banken eine Verlängerung des Kreditzeitraumes problemlos einräumen und die dabei auflaufenden zusätzlichen Zinsen im Rahmen eines

Hilfsprogrammes durch die öffentliche Hand übernommen werden, d.h. dass die Fremdkapitaltilgung für mindestens ein Jahr ausgesetzt werden muss.

1. Normalerweise war es üblich, dass die Pachtverträge über eine Pachtanpassungsklausel die Möglichkeit eröffneten, dass bei Missernten auch ein Pachtpreisverzicht bzw. Pachtpreisreduzierungen möglich wird.

Der damalige Gesetzgeber hat in Sachkenntnis klug diese Formulierung ermöglicht, weil er davon ausgegangen ist, dass der verpachtende Landwirt, im Falle der Selbstbewirtschaftung, so gestellt wäre wie der Pächter.

Diese gute Praxis ist mit Wirksamwerden der Aktivitäten der BVVG faktisch außer Kraft gesetzt wurden.

Der Staat sieht sich bei der Privatisierung des ungerecht erworbenen Landes bestenfalls in der Lage Stundungen zu gewähren, die in der Regel auch noch verzinst werden.

Damit hat die öffentliche Hand vom Prinzip her nur eine Anpassung nach oben zugelassen, ein zutiefst undemokratisches und unsoziales Verhalten.

Es hat kurze Zeit gedauert, dann haben die Landgesellschaften und die Kirchen nachgezogen.

Auch und gerade wegen der Vorbildwirkung auf die privaten Verpächter sollten die öffentlichen Verpächter medienwirksam die Reduzierung oder den Verzicht von Pachtzahlungen

erklären.

1. Die genehmigte Futterwerbung auf ökologischen Vorrangflächen (Greening) bezieht sich

zuallererst auf eine Grünlandnutzung. Dieses Grünland ist aber genauso vertrocknet wie die normalen Wirtschaftsflächen, mehr noch, der jetzige Pflanzenbestand besteht in der Regel aus Diestel, Melde, Hahnenfuss u.a..

Nur in sehr wenigen Fällen wird diese Maßnahme Vorteile erbringen.

Das Jahr 2018 sollte eine Lehre für alle Idiologen sein, die durchgesetzt haben, dass beim Anbau von Leguminosen keine Pflanzenschutzmittel eingesetzt werden durften.

Die Regierung wird aufgefordert, Einfluss auf die Europäische Kommission zu nehmen, dass auf dem Verordnungswege diese Regelung ausser Kraft gesetzt wird.

1. In Anlehnung an das bewährte Verfahren, z.B. während der Hochwasserhilfe, sollte Transportkapazität der Bundeswehr bei Bedarf bereit gestellt werden, um Futter aus den weniger betroffenen Regionen in die stark betroffenen Landwirtschaftsbetriebe zu transportieren.
2. In diesem Jahr ist zu verzeichnen, dass die Anzahl der Feldbrände massiv zugenommen hat. Das hat vor allem seine Ursache in Brandstiftung.

Die Länder müssen dafür Sorge tragen, dass das Fahrverbot für Feldwege durchgesetzt wird und zumindest verstärkte Polizeipräsenz augenscheinlich zu vernehmen ist.

Es wird vorgeschlagen, dass bei Brandentstehung (Rauchfahne sofort km-weit zu sehen) mit einem Hubschrauber das Umfeld auf verdächtige Personen beobachtet wird.

Es ist geradezu eine unverschämte Frechheit, wenn öffentlich-rechtliche Sender, wenn auch in der Komperativform, die Möglichkeit diskutieren, dass die Bauern die Felder aus Versicherungsgründen selbst anzünden.

Die Betriebe sind überhaupt nicht in der Lage, die Policen für Feuer flächendeckend zu finanzieren, weil die Risikoabsicherung etwa 10 % des Gewinns/ha ausmacht.

1. Viele Betriebe werden nach der Ernte finanziell so stark angeschlagen sein, dass sie für

Avancen von Finanzspekulanten empfänglich sind.

Es handelt sich nicht um Investoren, sondern um Kapitalanleger, denen die Sicherung von flüssigem Finanzkapital in Grundstücke wichtiger ist, als die Rendite.

Die Landesregierungen müssen sofort alles unternehmen, damit diesen Spekulanten über das Agrarstrukturentwicklungsgesetz das Handwerk gelegt wird.

1. Die Landwirtschaftsbetriebe werden in aller Regel steuerlich mit Rumpfwirtschaftsjahren betrachtet und leisten somit auf der Grundlage der durchschnittlichen Ernten bis 2017 geschätzte steuerliche Vorauszahlungen. Diese Vorauszahlungen müssen ausgesetzt werden und im Ergebnis der Jahresabschlüsse 2017/2018 in Verrechnung kommen.

Der Staat hat aus diesem Verfahren keine Einbußen, allerdings schafft diese Praxis Liquidität in die Betriebe.

1. Grundsätzlich steht weiter in Diskussion die überfällige Einführung der steuerfreien Risikoausgleichsrücklage, damit die Betriebe in die Lage versetzt werden, auf genau solche

Situationen zu reagieren.

Wir gehen davon aus, dass alle Agrarpolitiker sich dem Ernst der Lage nicht weiter verschließen und umfangreiche Initiativen auf den Weg bringen.

Mit freundlichen Grüßen

Kurt-Henning Klamroth

Präsident